

PRESSEMITTEILUNG #36 – 17.02.2025

Martin Habersaat

Eine bildungspolitische Katastrophe

Nach über einem Jahr Verzögerung hat die Landesregierung heute den Bericht über die Ergebnisse der zweiten Stuserhebung zur Arbeitsfähigkeit und Gesundheit 2023/24 veröffentlicht. Mit Blick auf die Lehrkräfte in Schleswig-Holstein sagt Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion:

“Der Anteil nicht planmäßig gegebener Stunden lag an den allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2023/24 bei nahezu 12 Prozent. Im Schuljahr 2016/17 waren es 9,5 Prozent. Das ist eine Steigerung von 26 Prozent, seit die CDU das Bildungsministerium übernommen hat. An den Berufsbildenden Schulen kommen wir von 7,2 Prozent im Schuljahr 2016/17 und sind im letzten Schuljahr bei 13,6 Prozent gewesen. Eine Erhöhung um 88 Prozent! Der häufigste Grund für Unterrichtsausfall an allgemeinbildenden Schulen ist die Erkrankung von Lehrkräften. 2/3 aller Ausfälle gehen darauf zurück. Gehen wir also nicht gut mit unseren Lehrkräften um? Dafür gibt es einen weiteren Hinweis: Der Anteil der Lehrkräfte, die bis zum Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze im aktiven Dienst verbleiben, liegt bei 16,53 %. Der Anteil der wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzten Beamtinnen und Beamten im Schulbereich steigt. Das behaupte nicht ich, das steht im aktuellen Personalstrukturbericht der Landesregierung.

2023 konnten Lehrkräfte in Schleswig-Holstein an einer anonymen online-Befragung zu ihrer Arbeitsbelastung, Gesundheit und Arbeitsfähigkeit teilnehmen. Dem Bildungsministerium stehen die Ergebnisse dieser Stuserhebung seit Januar 2024 zur Verfügung. Heute, mehr als ein Jahr später, veröffentlicht die Landesregierung die Ergebnisse. Wer gedacht hätte, dass das Jahr dafür genutzt worden wäre, auch Wege aus der Krise aufzuzeigen, wird bitter enttäuscht. Wir müssen mit den knappen Lehrkräften und Schulleitungen gut umgehen. Wir brauchen sie. Die Erhebung zeigt: Präsentismus nimmt zu. Arbeitszufriedenheit nimmt ab. Die drei bedeutendsten Belastungen ergeben sich in den allgemeinbildenden Schulen aus Termin-/Leistungsdruck, zunehmenden Aufgaben und einer zu hohen Anzahl von Besprechungsterminen. Eine gleichzeitig von der GEW veröffentlichte Studie zeigt: Schulleitungen haben nicht genug Zeit für ihre wichtige Arbeit. Nie wieder darf es eine Verhöhnung der Beschäftigten geben, indem man, wie Frau Prien und Herr Günther, drei Jahre lang an fünf Standorten erforscht, ob zusätzliche Verwaltungskräfte den Lehrkräften eventuell Verwaltungsarbeit abnehmen können. Es ist eine bildungspolitische Katastrophe, dass in dieser Situation und bei steigenden Schülerzahlen von dieser Landesregierung Stellen für Lehrkräfte abgebaut werden!“